

Uster

Verein
Zusammenschluss
Oberlandstrasse

Betzholz

Strassenzustand

AKTUELL

Ausgabe 3/13

*Caricatura
wittenand*



Am 24. November haben wir eine wichtige Abstimmung vor uns: Es geht um die Preiserhöhung für die Autobahnvignette. Das revidierte Nationalstrassenabgabegesetz sieht einen Preis von neu 100 Franken vor. Gleichzeitig wird eine Zweimonatsvignette zum Preis von 40 Franken angeboten.

Für die Oberlandautobahn ist diese Abstimmung darum von Bedeutung, weil das Parlament beschlossen hat, den Netzbeschluss mit dem Vignettenpreis zu verknüpfen. Wird der Vignettenpreis erhöht, kann der Netzbeschluss in Kraft treten, und die neu generierten Mittel werden für den Strassenbau eingesetzt. Gibt es jedoch ein Nein am 24. November, ist der Zeitpunkt des Inkrafttretens für den Netzbeschluss in Frage gestellt. Eine Situation, welche für die Oberlandautobahn wahrscheinlich weitere Verzögerungen bedeuten würde.

Der Vorstand des Vereins «Zusammenschluss Oberlandstrasse» hat die Abstimmungsvorlage ausführlich diskutiert. Der Vorstand empfiehlt ein Ja am 24. November. Unsere Interessenabwägung ergab letztlich Zustimmung, da die Realisierung der betroffenen Strassenbauprojekte für uns oberste Priorität hat.

Es ist wichtig, dass auch auf Bundesebene realisiert wird, wie dringend der Ausbau gewisser Strassenabschnitte in den einzelnen Regionen ist - so zum Beispiel im Zürcher Oberland.

Gleichzeitig begrüßen wir, dass der Kanton Zürich nach wie vor mit grossem Druck an den neuen Varianten zur Lückenschliessung bei der Oberlandautobahn arbeitet. Es geht vorwärts - kämpfen wir weiter!

Mit herzlichem Gruss,

Hans-Peter Hulliger

Hans-Peter Hulliger, Präsident ZOS

Abstimmung vom 24. November:

Oberlandautobahn in Gefahr?

Seit Jahren kämpft der Verein «Zusammenschluss Oberlandstrasse» für eine Aufnahme der Lückenschliessung zwischen Uster und Betzholz im revidierten Netzbeschluss. Dieses Ziel wurde erreicht. Wie rasch der revidierte Netzbeschluss in Kraft treten kann, hängt nun auch von der Abstimmung vom 24. November ab.

Vor fast einem Jahr haben National- und Ständerat den Netzbeschluss revidiert. Um über 370 Kilometer soll das Nationalstrassennetz erweitert werden - darunter auch die Strecke der Oberlandautobahn. Gleichzeitig zum Netzbeschluss berieten die Räte über die Revision des Nationalstrassenabgabegesetzes, also eine Preiserhöhung für die Autobahnvignette. Während der Netzbeschluss auf bürgerlicher Seite weitgehend unbestritten war, gab es schon bald Opposition gegen den höheren Vignettenpreis. Über diese Vorlage, gegen welche das Referendum ergriffen worden ist, stimmen wir am 24. November ab.

Netzbeschluss in Frage gestellt?

Die Abstimmung ist darum von Bedeutung, weil sich die beiden Vorlagen gegenseitig bedingen: Ein Nein zur Erhöhung des Vignettenpreises bedeutet, dass der Netzbeschluss vorderhand nicht in Kraft tritt. Das letzte Wort in dieser Sache dürfte allerdings noch nicht gesprochen sein, denn im Nationalrat ist eine Parlamentarische Initiative hängig, welche genau diese heikle Verknüpfung der beiden Vorlagen aufheben will. Der Bundesrat wird beauftragt, den Bundesbeschluss über das Nationalstrassennetz in Kraft zu setzen und gleichzeitig die übernommenen Mehrkosten für den Unterhalt der betreffenden Strassenstücke über die nichtwerkgebundenen Beiträge an die Kantone zu kompensieren. Trotzdem ist klar: Resultiert am 24. November ein Nein zur Preiserhöhung bei der Autobahnvignette, dürfte dies eine Verzögerung im ganzen Dossier zur Folge haben - auch für die Schliessung der Lücke bei der Oberlandautobahn.

Finanzflüsse unbefriedigend

Dass die Strassenbenützer zunehmend als «Milchkuh» zur Finanzierung aller möglichen Aufgaben herangezogen

werden, ist leider eine Tatsache. Ein entsprechend grosser Teil der Strassenabgaben wird denn auch zweckentfremdet. Die nächsten Erhöhungen sind bereits angekündigt: Der Benzinpreis soll laut UVEK schon bald um rund 20 Rappen erhöht werden. Aus diesen Gründen hat ein grosses, überparteiliches Komitee im März die „Milchkuh-Initiative“ lanciert, welche eine Zweckbindung anstrebt: Alle Einnahmen aus dem Strassenverkehr sollen konsequent in die Strasseninfrastruktur investiert werden. Die Annahme der «Milchkuh-Initiative» brächte 1,5 Mrd. Franken Mehreinnahmen für die Strasse. Diese Lösung würden die Gegner einer teureren Vignette bevorzugen: Statt nur 500 Mio. Franken würde die Milchkuh-Initiative das Dreifache an Mitteln bringen.

Mehr Sicherheit - weniger Stau

Die Befürworter der 100-Franken-Vignette sehen dies anders: Es gebe schliesslich keine Erhöhung auf Vorrat. Erst wenn die Rückstellungen in der Strassenkasse unter 1 Mrd. Franken sinken, erhöht sich der Preis (voraussichtlich 2016). Sodann nehme der Strassenverkehr stetig zu. Die Fahrleistung auf den Nationalstrassen hat sich in den vergangenen 20 Jahren mehr als verdoppelt, und die Kantone haben Mühe, die nötigen Ausbauten zu finanzieren. Der Vignettenpreis wie auch die Mineralölsteuer sind seit bald 20 Jahren unverändert. Eine Anpassung ist darum aus Sicht der Befürworter richtig. Gerade dem Gewerbe würde dies nützen, denn jeder Handwerker, der eine Stunde pro Jahr weniger im Stau steht, habe die 60 Franken Mehrkosten bereits wettgemacht. Dieser Argumentation schliesst sich auch der Verein «Zusammenschluss Oberlandstrasse» an, zumal die gesamten Mehreinnahmen in die Strasseninfrastruktur fliessen.